

## Abrüsten statt Aufrüsten

Viele Menschen in unserer Stadt machen sich Sorgen, wenn sie daran denken, wie gefährlich sich mal wieder alles entwickelt. Viele erinnern sich an das Wettrüsten in den 80er Jahren. Heute wird von einem Krieg mit dem Iran geredet - viele wissen nicht, dass wir dann sofort alle massiv bedroht sind.

Das Kündigen von Verträgen, die den Frieden sicherer machten und die ständig wachsende Aufrüstung machen die Welt nicht sicherer.

Die Ausgabenexplosion bei der Bundeswehr ist nichts anderes, als ein Einknicken vor Trump. Der fordert von der Bundesregierung höhere Rüstungsausgaben und diese gehorcht. Damit beteiligt sie sich an der Spirale des weltweiten Wettrüstens. Aber: Wir werden die Welt nicht sicherer machen, indem wir die falsche Politik von Trump kopieren.

Die Aufrüstung der deutschen Armee zeigt falsche Prioritäten in der Ausgabenpolitik. Man kauft Panzer, statt Pflegerinnen und Pfleger ordentlich zu bezahlen, kümmert sich um Eurofighter statt um europäische Seenotrettung und setzt auf Kriegsschiffe statt auf Friedenspolitik. Die Milliarden, die jetzt in Rüstung gesteckt werden, wären in öffentlichen Wohnbauprogrammen, Gesundheit und Klimaschutz besser und richtig angelegt.

Wir brauchen eine echte Friedenspolitik, einen Einsatz für eine gerechte und solidarische Weltwirtschaftsordnung, für die Achtung des Völkerrechts und eine nachhaltige globale Entwicklung.

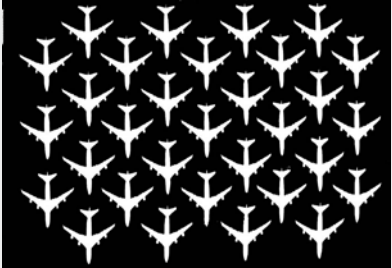
Einmischen sollten sich vor Ort auch Kommunalpolitiker - denn wenn „oben“ das Geld falsch ausgegeben

*Fortsetzung Seite 2*



Kommunalpolitiker der DKP/Linke Liste beim Ostermarsch 2019 in Frankfurt.

### TERMINAL 3



#### 126 Flüge pro Stunde

#### Es wird lauter!

#### Soll man da ruhig bleiben?

Der Grundstein für das Terminal 3 wurde gelegt. Fraport will nach Fertigstellung den Stundeneckwert am Airport nach und nach auf 126 steigern.

Wir schreiben es schon oft: Fraport kennt keine Grenzen. Der Konzern hat seinen Planfeststellungsbeschluss in der Tasche, der insgesamt 701 000 Flugbewegungen pro Jahr vorsieht.

Das Nachtflugverbot von 23 bis 5 Uhr wird durchlöchert. Mit 1593 verspäteten Starts und Landungen gab es im vergangenen Jahr doppelt so viele, wie vier Jahre zuvor.

Der Verkehr am Boden und in der Luft wird weiter zunehmen. Jetzt kommen die Billigflieger und neuer Krach.

Vor Ort haben Ziegler & Co. die Protesttransparente abhängen lassen. Ob man dort mittlerweile ein wenig nachdenklich geworden ist? Wir sind gespannt, ob es nach dem Bürgermeister-Wechsel eine neue Entwicklung gibt.

126 Flüge pro Stunde - da darf man nicht ruhig sein, da darf man nicht schweigen. rh

wird, fehlt es „unten“ in den Kommunen.

Als ob die Rüstungsausgaben (ca. 85 Milliarden für Deutschland) nicht jetzt schon zu hoch sind, hat es in den letzten Wochen Nachrichten gegeben, die zu glauben schon schwerfällt.

1. Die von der CDU-Führung diskutierte und von der Bundeskanzlerin unterstützte Anschaffung eines Flugzeugträgers. Die Kosten eines neuen Flugzeugträgers liegen bei 10 Milliarden Euro, zu den Preisen von heute.

2. Nach Berechnungen, die zurzeit von der Trump-Administration angestellt werden, sollen die Stationierungsgebühren für die US-Truppen vollständig plus einen Aufschlag von mindestens 50% von Deutschland und den anderen Ländern, in denen sich US-Basen befinden, bezahlt werden. Statt bisher 1 Milliarde Dollar (28% der Stationierungskosten) pro Jahr, die „Deutschland“ ohnehin schon bezahlt, wären es ca. 6 Milliarden (150% der Stationierungskosten), bei „gutem Benehmen“ nur bis zu 4 Milliarden (100%).

### Was kann man dagegen tun?

Auf vielen Ebenen kann man öffentlichkeitswirksame Beschlüsse fassen. Im Stadtparlament, in den Vereinen, Gewerkschaften, Parteien, Glaubensgemeinschaften und anderen gesellschaftlichen Organisationen.

Jeder kann Unterschriften sammeln unter den Aufruf „Abrüsten statt aufrüsten“. Jeder kann ein paar Friedenszeitungen verteilen. Material gibt es bei der überparteilichen Initiative

„ABRÜSTEN STATT AUFRÜSTEN“.

**Die DKP und der „blickpunkt“ beteiligen sich an der überparteilichen Kampagne „Abrüsten statt Aufrüsten“.**

**Unterschriftenlisten, Materialien und weitere Infos gibt es hier:**

**www.abruersten.jetzt**

**oder bei: Gerd Schulmeyer  
Telefon 23366**

## Friedensbewegung fordert: Keine deutsche Beteiligung an drohendem Krieg!

Die Bundesregierung und die EU müssen die USA ausdrücklich und unmissverständlich auffordern, den Konfrontationskurs gegenüber dem Iran zu beenden. Sie müssen klarstellen, dass sie einen möglichen Krieg der USA oder einen Feldzug etwa von Saudi-Arabien oder einem sonstigen Verbündeten der Trump-Administration gegen den Iran in keiner Weise unterstützen werden.

Trotz der 18-jährigen Kriegserfahrungen in Afghanistan, trotz der Zerstörung und Verelendung einer ganzen Region durch westliche Militärinterventionen in Irak und Libyen, durch Kriege in Syrien und Jemen wird mit den Drohgebärden der US-Regierung der nächste Krieg gegen den Iran vorbereitet. Die Ausweitung der Militärpräsenz im Mittleren Osten muss sofort beendet werden.

Ähnlich dem Kriegsvorwand im Fall des Irak droht dort aktuell ein Einsatzgrund konstruiert zu werden. Die Entsendung von US-Kriegsschiffen

und Bomberstaffeln in den Mittleren Osten sowie Sabotageakte gegen die Schifffahrt im Golf müssen ernst genommen und als Alarmsignale verstanden werden. Bundesregierung und EU müssen zur US-Truppenverlegung in die Region auf Distanz gehen und klarstellen, dass US-Stützpunkte in Europa nicht für Angriffe auf den Iran genutzt werden dürfen und der US-Luftwaffe hierfür die Überflugrechte in der EU verweigert werden.

Es ist wichtig und richtig, seitens der EU das internationale Atomabkommen mit dem Iran zusammen mit Russland und China gegen die einseitige Aufkündigung durch die USA weiter zu verteidigen. Notwendig ist, den willkürlich verhängten US-Sanktionen mit wirksamen Gegenmaßnahmen zur Aufrechterhaltung des Handels mit dem Iran zu begegnen. Teheran darf für seine bisherige Vertragstreue beim Atomabkommen wirtschaftlich nicht bestraft werden.

### Von Skandalen und Inszenierungen

*Während wir diese Zeilen schreiben wird Österreich von einem Skandal erschüttert. In Österreich, aber auch bei Trump & Co. und in vielen anderen Staaten, nutzt man Möglichkeiten wie Falschmeldungen und Inszenierungen, um Einfluss zu bekommen.*

*Man muss heute möglichst jede Meldung hinterfragen. Wenn irgendwo ein Krieg „ausbricht“, sind oftmals die Vorwände raffiniert gefälscht. Erst schafft man Kriegsstimmung, findet Giftgas, spricht von Chemiewaffen, Atomreaktoren und schickt dann Bomber.*

*Es sind bei weitem nicht nur Geheimdienste, die das eine oder andere „aushecken“. Mit viel Geld und Personalaufwand, betreibt man „Denkfabriken“, die Politik machen.*

*Die „Ibiza-Affäre“ der FPÖ war schon gruselig. Der Rechtspopulist Strache wird bloßgestellt. Ähnliches gab es auch bei uns. Erinnern wir an die CDU-Schwarzgeld-Affären der Vergangenheit. Besonders an die 100.000-Mark-Spende, die der Waffenhändler Schreiber dem damaligen CDU-Chef Schäuble „rüberschob“. Oder an die Machenschaften von Roland Koch.*

*Die Bereitschaft, Geld aus der Wirtschaft zu nehmen, ist bei fast allen deutschen Parteien weit verbreitet. Es ist Zeit, diese Einfallstore für Korruption zu schließen. Es ist doch naiv, bei Spenden von profitorientierten Unternehmen keine Erwartung einer Gegenleistung zu vermuten. In der Kommune gibt es so was nicht, möchte man uns glauben machen. Na ja - betrachte mal das Foto von der Sämaschine auf Seite 5 dieser „blickpunkt“-Ausgabe.*



*Maikundgebung im Bürgerhaus Mörfelden. Mehr als 120 Zuhörer und eine hervorragendes Programm.*

*Der Sozialwissenschaftler Werner Seppmann: „Etwa 40 Prozent der Lohnabhängigen haben weniger Geld in der Tasche, als noch in den 1990er Jahren. Wenn Kanzlerin Merkel oder die SPD-Vorsitzende Nahles meinen, es gehe den Deutschen so gut wie lange nicht mehr, können nur die obersten zehn Prozent der Gesellschaft zustimmen. Denn die Zahl der in Armut lebenden Menschen hat sich verdoppelt, Ober- und Unterschicht drifteten auseinander. Während 45 Familien jeweils ein Durchschnittsvermögen von fünf Milliarden Euro verwalten, wächst jedes vierte Kind in einer Familie auf, die von Arbeitslosigkeit betroffen ist. Das ist ein zivilisatorischer Skandal!“ ... „Der Kapitalismus kann nicht das Ende der Geschichte sein“, betonte Seppmann.*

*Erich Schaffner moderierte. Bürgermeister Heinz-Peter Becker begrüßte und machte sich für die Europäische Union stark. Petra Schmidt von der Bürgerinitiative: „Man darf nicht hinnehmen, dass die Region als Hinterland des Flughafens mit den negativen Folgen zurecht kommen muss!“ Bei den Mitwirkenden war Marlene Schwarz als Herta Wacker, sie erhielt viel Zustimmung. Ebenso der Akademische Arbeiterliederchor aus Frankfurt. Der jugendliche Chor hatte Stücke von Brecht und Eisler im Programm und erhielt viel Beifall.*

### **Vielsagende Stille**

Der Jusovorsitzende Kevin Kühnert schrieb einen Artikel und meinte, man könnte Konzerne wie BMW gern kollektivieren. Da ist er aber in der falschen Partei, dachten wohl die meisten.

Wie übel das Echo auf seine Meinungsäußerung war, hätte man nicht erwartet.

Der „Kabarettist“ Dieter Nuhr etwa hat ihn einen „pausbäckigen Studienabbrücker“ genannt. Olaf Scholz (SPD) versuchte im Fernsehen altersweise zu lächeln, auch er sei ja mal jung und unerfahren, unreflektiert und unausgegoren gewesen, heute wisse er es besser. Johannes Kahrs (SPD) meinte, ohne Drogeneinfluss seien solche Äußerungen nicht denkbar. Nahles befördert Kühnert mit ihren Äußerung auf das Niveau eines Schülers der 5. Klasse. Sigmar Gabriel (SPD) schafft das Kunststück, ihn gleichzeitig zu einem lächerlichen Winzling (Bonsai Trump) und zu einem mindestens für die SPD gefährlichen egomanen Demagogen zu machen. Andreas Scheuer (CSU) sagt, dass er Kühnert für einen Spinner hält.

Es gibt sehr viele solcher Äußerungen und sie sind meist sehr unfair, viele sind verletzend und diffamierend.

Bei der SPD in unserer Stadt konnten wir in Gesprächen ähnliche Bemerkungen hören. Die örtlichen Jusos denken sicher etwas anders. Aber, sie sagen nix. Das sagt aber auch schon viel.

### **Was für ein Trauerspiel**

*Vor wenigen Jahren wurde von der Stadt ein Denkmal für die Bauarbeiter des Bürgerhauses errichtet. Die DKP/LL hatte es 2002 im Stadtparlament beantragt, um den im Faschismus verfolgten Bauarbeitern zu gedenken.*

*Es gab damals eine Ausschreibung. Eine Jury wählte den Entwurf des Professors Gerhard Schweizer (Foto).*



*Kurz nach der Einweihung bemerkten wir auf den rot angestrichenen Flächen erste Rostblasen. Wir sagten im Bauamt Bescheid. Die Gewährleistungsfrist war noch nicht abgelaufen. Nichts geschah. Der Rost breitete sich weiter aus. Offenbar war der Untergrund nicht verzinkt. Eine Wiederherstellung wird immer teurer. Wir stellten zweimal Anfragen im Parlament. Es geschah wieder nichts. Der Rost frißt weiter, dringt ins Fundament vor. Es gibt keine intakten Lampen mehr, die das Denkmal früher anstrahlten.*

*Wir beantragten jetzt erneut die Wiederherstellung. Wir meinen, bringt das endlich wieder in Ordnung! Oder ist das Denkmal gar nicht mehr gewollt?*



## Sport in der Kommune - ein Spaß, den man sich leisten können muss

Der lokale Sportverein ist nach wie vor eine wichtige Institution in jeder Kommune. Es geht dabei nicht nur um Sport und Gesundheit für Jung und Alt. Der Verein ist Sozialarbeiter, Erzieher, manchmal sogar die Ersatzfamilie. Die Stunden, die Kinder und Jugendliche wöchentlich nicht isoliert zu Hause, sondern mit ihren Freund\*innen auf dem Sportplatz oder in der Halle verbringen, sind von unschätzbarem Wert für ihre Sozialisierung. Auch nicht zuletzt in der Integrationsarbeit von Migrant\*innen und Geflüchteten kann eine Mitgliedschaft im lokalen Fußballteam den Unterschied machen. Die meist ehrenamtlichen und häufig nur sporadisch bezahlten Trainer\*innen, Vereinsvorstandsmitglie-

### Ihr habt

**Fragen zur Stadtpolitik?  
Ihr wollt aktiv werden?**

**Schreibt uns doch mal:  
[facebook.com/DKPLinkeListe](https://www.facebook.com/DKPLinkeListe)**

der sowie alle Helfer\*innen auf den diversen Wettkämpfen, Vereinsfesten und lokalen Sportveranstaltungen betreiben einen Aufwand für „ihren“ Sport, den sich keine Kommune leisten könnte. Soweit sind sich die Meisten einig, die schon einmal im Vereinssport engagiert waren. Da ist es egal, ob Fußball, Handball oder die Leichtathletik der Sport der Wahl ist.

## Ohne Ehrenamt geht nichts

Ganz ohne Unterstützung, geht es aber nicht. Darüber habe ich mich mit Ehrenamtlichen und Aktiven aus meinem Jugendverein SKV Mörfelden unterhalten. Der Unterschied zu einer Mitgliedschaft im Fitnessstudio ist schnell erklärt. Ein Fitnessstudio muss wirtschaftlich sein, also verlangt es einen entsprechend hohen Beitrag von seinen Mitgliedern. Würde Vereinssport ähnlich agieren, wäre er schnell die meisten Mitglieder los. Hier sind es häufig ganze Familien, die im Verein aktiv sind. Die Kinder bei

den Junioren, die Eltern bei den Amateuren und hoffentlich auch das eine oder andere Mal als Mitfahrgelegenheit für andere Sportler\*innen oder beim Brezelverkauf am Heimspiel. Trotzdem wurde durch die massive Unterfinanzierung der Kommunen der Vereinszuschuss in Mörfelden-Walldorf wiederholt gekürzt. Die Stadt ist verschuldet, also muss gespart werden, heißt es oft. *Zur Konsolidierung [...] waren in den vergangenen Jahren, neben umfangreichen [...] Einsparungen, auch spürbare Anhebungen von Abgaben (Steuern, Gebühren) notwendig. Zur Kompensation der Schutzschirmverfehlungen aus den Jahren 2013 und 2014 wurden im Haushalt 2017 [...] eine Kürzung der Vereinsbezuschung um weitere 10 Prozent umgesetzt.*

Auch dass erst kürzlich beschlossen wurde, den Vereinszuschuss von 264.000 auf 300.000 zu erhöhen, tröstet nicht über die Kürzungen der Vergangenheit hinweg.

## Ohne Moos nix los

Weitere Probleme wurden in den Gesprächen besonders häufig genannt.

Erstens: Kinder und Jugendliche sind heutzutage nicht selten bis 15:00, 16:00 Uhr in der Schule, wenn sie dann überhaupt noch Motivation für Sport haben, laufen ihre Trainingszeiten häufig parallel zu denen der älteren Teams. Traditionell trainierten die jüngeren Mannschaften früher, um Engpässe in Hallen und auf Sportplätzen zu vermeiden, das geht nun oft nicht mehr. Auch die Trainer\*innen sind häufig schon in Vollzeitjobs und können die frühen „Slots“ nicht mehr wahrnehmen.

Zweitens: Ebenso wie ihre Kinder, sind Eltern seit Jahren von stagnierenden Löhnen und anderen Austeritätsmaßnahmen betroffen, die es für sie und ihre Kinder schwierig machen, im örtlichen Verein aktiv zu werden. Eine Vereinsmitgliedschaft in meinem Jugendverein kostet jährlich 120,84 Euro mit Ermäßigung für die üblichen Gruppen (Kinder, Rentner, Studis, Azubis usw.) Dazu kommen noch monatliche Spartenbeiträge einzelner Vereinsstrukturen. Z.B. 61,20 Euro im Jahr bei Mitgliedschaft im Fußballverein. Dabei steigt der Beitrag auf

maximal 264.00 Euro pro Familie, egal wie viele Familienmitglieder (Eltern und Kinder bis 21 Jahre) mit dabei sind. Das ist im Vergleich mit ähnlichen Vereinen alles andere als teuer. Da fehlt dann nur noch die Sportausrüstung, die Fahrten zu Spielen – das sind gut und gerne mehrere Hundert Euro im Jahr – und das muss man sich leisten können.

Drittens: Der moderne Verein muss sich durch ein „Wirrarr“ aus Steuerrichtlinien und Vorgaben kämpfen, das kein ehrenamtlicher Vereinsvorstand neben den eigenen Vollzeitjobs schultern kann. Deshalb war man auch bei der SKV Mörfelden gezwungen, Vollzeitstellen für diese Jobs auszuschreiben.

## „Was tun“?

Die Kommunen sind häufig nur noch Armutsverwalter. Das Steuergeld aus dem Bund sickert häufig nur noch tropfenweise zu ihnen durch. Es kann ihnen also nur bedingt ein Vorwurf gemacht werden, wenn sie Kultur- und Sportvereine die Zuschüsse kürzen. Die Städte sind weiterhin auf Landes- und Bundeszuschüsse angewiesen. Dennoch waren sich meine Gesprächspartner einig, dass ein größeres Engagement seitens ihrer Mitglieder\*innen die meisten Katastrophen verhindern könnte. Nun sind viele Menschen in Deutschland nicht in der Lage, sich diese freie Zeit zu nehmen. Es reicht vorne und hinten nicht und bei aller Empathie für den Sport des Kindes, wenn das Geld und die Zeit nicht da sind, kann auch nicht geholfen werden. In diesem Sinne; Geld gibt's genug, Zeit es uns zu holen! Egal ob es um Löhne, Infrastruktur, Bildung oder eben den lokalen Sportverein geht: wer die Bevölkerung und Kommunen gleichermaßen ausquetscht, muss sich über steigende Steuern, Abgaben und unerschwingliche Sportvereine nicht wundern.

Tim Beyermann

**Große und kleine  
Politik  
gehören zusammen.  
Wenn oben das Geld  
falsch ausgegeben  
wird, fehlt es unten  
in der Kommune!**



Foto: FWG MÖWa, „Dreieich-Zeitung“ (bearbeitet)

## „Blühende Landschaften“

Da stehen sie nun auf der Sämaschine des Landwirtes Gerald Hamm. Auf dem Foto in der Presse posieren der Chef der Freien Wähler Burkhard Ziegler und der Chef der CMF-Marketing-Agentur Claus. M. Faber. Sie wandeln auf Öko-Pfaden, steht dabei. Um was geht es?

Erinnern wir uns an den letzten „blickpunkt“: Wir berichteten: „An der Frankfurter Straße in der Nähe des Geländes wo man ein zentrales Feuerwehrgerätehaus bauen wollte, werden offenbar schon mal Claims abgesteckt. Auf Schildern zeigt ein Herr Faber an, dass er jetzt Besitzer dieses Ackerstückes sei.

Das Motto des Faber-Unternehmens: CMF steht für Claus M. Faber. Im Jahre 2016 war er sehr erfolgreich für die Freien Wähler. Auf seiner Webseite noch zu lesen: „Aus dem Stand heraus sensationelle 22,8% für die Freien Wähler als Newcomer. Damit ist die Partei mit 10 Sitzen zweitstärkste Kraft im Stadtparlament.“

Die gleiche Firma erhielt dann von der Stadt den Auftrag für das neue Stadt-Logo. Einen Wettbewerb wie früher oder wenigsten eine Ausschreibung gab es nicht. In der Presse steht jetzt, M. Faber hätte 1800 Quadratmeter im Juni 2018 gekauft, dort wo man die Feuerwehr konzentrieren wollte. Die Bürgerinnen und Bürger wollten das aber nicht und da hat sich M. Faber offenbar verkalkuliert.

Nach unserem „blickpunkt“-Titel wurde das Thema heftig diskutiert und Ziegler und seine „Spezialverbindungen“ hart hergenommen.

Einer sagte auf dem Dalles: „Getroffene Hunde säen!“ Die Worte des Gesprächspartners klingen ein wenig rustikal - aber es stimmt ja irgendwie.

Die Anwalts-Kanzlei der Werbeagentur schickte sofort an diverse Adressen eine „strafbewehrte Unterlassungserklärung“.

Die CMF-Werbefachleute machten es dann, wie es eine Werbeagentur halt macht. Mit einem Bericht über Blumen und Bienen und einem wunderschönen Foto mit dem Ersten Stadtrat der Freien Wähler Burkhard Ziegler.

Wer kann da was dagegen haben? Die Leute wird es erfreuen, die Grünen werden weich gestimmt. Bleibt die Erinnerung an das Lehrstück vom „Pferchgewann“, wie der Flurname heißt.

„Einerseits – und andererseits – so ein Ding hat manchen Reiz ...“, schrieb Tucholsky. Der Grundstücksbesitzer setzt auf den Wert der Flächen und hofft, es wird vielleicht doch noch mal gebaut. Bis dahin lasst die Blumen blühen und die Bienen summen.

Achten wir aber darauf, dass die „Grüne Lunge“ nicht zubetoniert wird. . . und vergessen wir auch den letzten Satz im Gedicht von Tucholsky nicht: „... durch Deutschland geht ein tiefer Riß. Dafür gibt es keinen Kompromiß!“

*„Sie sprechen immer davon weiterzumachen mit denselben schlechten Ideen, die uns in diese Misere gebracht haben. Sie sind nicht erwachsen genug, um das so zu formulieren. Selbst diese Bürde überlassen sie uns Kindern. Mir geht es nicht darum, bekannt zu sein. Mir geht es um Klimagerechtigkeit und um einen lebenswerten Planeten. Unsere Zivilisation wird für die Chancen einer kleinen Gruppe von Menschen geopfert, die immer mehr Geld verdienen wollen. Unsere Biosphäre wird geopfert, damit reiche Menschen in Ländern wie meinem in Luxus leben können. Es sind die Leiden der Vielen, die für den Luxus der Wenigen bezahlen. (...) Wir können eine Krise nicht lösen, ohne sie als eine Krise zu behandeln. Wir müssen die fossilen Brennstoffe im Boden lassen. Wir müssen den Focus auf Gerechtigkeit lenken. Wenn es unmöglich ist, Lösungen im bestehenden System zu finden, sollten wir das System an sich ändern. Wir sind nicht hierher gekommen, um vor Weltpolitikern darum zu betteln, dass sie sich kümmern. Sie haben uns in der Vergangenheit ignoriert und sie werden uns wieder ignorieren. Uns gehen langsam die Ausreden aus, uns läuft die Zeit davon! Wir sind hierher gekommen, um Ihnen mitzuteilen, dass ein Wandel kommen wird, egal ob sie es wollen oder nicht. Die wirkliche Macht gehört den Menschen.“*

Greta Thunberg auf der UN-Klimakonferenz 2018



### 50 Jahre „blickpunkt“ - eine Erfolgsgeschichte

Im November 1969 erschien in Mörfelden der erste „blickpunkt“. In diesem Jahr am 10. November wollen wir 50 Jahre „blickpunkt“ feiern.

Von Fall zu Fall sagen es auch die politischen Konkurrenten: Der „blickpunkt“ ist die kleine Zeitung mit der großen Wirkung! Oder wie es der ehemalige Bürgermeister Bernhard Brehl ausdrückte: Der „blickpunkt“ ist eine Institution in unserer Stadt. Auf dem Rathausplatz sagte uns ein Leser kürzlich, „Das soll euch mal einer

nachmachen!“ Wir freuten uns über dieses Gespräch, sagten aber auch, „einfach war es nie und es ist auch heute nicht einfach, monatlich eine solche Zeitung herzustellen, sie zu finanzieren und zu verteilen.

Auf unserer Webseite ([www.dkp-mw.de](http://www.dkp-mw.de)) sind die Titelseiten aller Ausgaben seit 1969 zu sehen. Stadtgeschichte, die jeder einsehen kann!

Wer die einzelnen Ausgaben am Bildschirm durchblättert, der merkt, wie sich die Technikasant entwickelt hat. Früher am Leuchttisch gebastelt - heute schneller, aktueller und genauer am Computer. Im Stadtteil Mörfelden wurde die „blickpunkt“-Idee geboren - aber auch in Walldorf wurden bis zum Januar 1990 175 eigene Ausgaben herausgegeben. Es gab in den Jahren wenige Layoutänderungen - am Inhalt hat sich nichts geändert. Der „blickpunkt“ bleibt die

außerparlamentarische Begleitung der DKP/LL-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung unserer Stadt. Seit bald 50 Jahren erscheint nun der „blickpunkt“ und kommt in fast jedes Haus. Wir drucken acht Seiten und monatlich 15.000 Exemplare.

Finanziert wird die Zeitung u.a. durch unsere Mandatsträger, die ihre Sitzungsgelder dafür zur Verfügung stellen. Aber wir erhalten auch viele Spenden von Leserinnen und Lesern - diese sind wichtig und herzlich willkommen.



**Die kleine Zeitung mit der großen Wirkung**

## LESERBRIEF

### Wachsam bleiben

Anlass des Beitrags ist die Tagung des Innenausschusses des Landtages, wo das Thema Straßenbeiträge auf der Tagesordnung stand. SPD und Linke hatten einen Antrag gestellt, die Straßenbeiträge komplett zu streichen. Aufgrund der vielen Proteste in Hessen vor der letzten Landtagswahl hatte das Land (wie demokratisch!) die Beiträge nicht gestrichen, sondern den Kommunen den Handlungsspielraum geschaffen, diese Beiträge evtl. zu streichen.

In unserer Stadt hat das Parlament die Entscheidung getroffen, die Beiträge in Zukunft nicht zu erheben. Doch wie sieht die Zukunft aus? Nach dem Gesetz ist es immer noch möglich, dass die Stadtoberen die Entscheidung rückgängig machen können. Bis jetzt war die Protestbewegung ein Erfolg. Doch das „Damoklesschwert“ über den Bürgern bleibt.

Da etliche Kommunen (besonders in Mittel- und Nordhessen) derart finanziell klamm sind, dass sie auf die Einnahmen nicht verzichten wollen oder können, war weiterer Protest notwendig. Ob sich in Wiesbaden die

Koalition aus CDU und Grünen endlich entschließt das unselige Thema im Sinne der Bürger zu lösen, bleibt weiter in der Schwebe. Und so lange müssen die Bürgerinitiativen wachsam bleiben und den Druck auf die Landesregierung verstärken.

*RD, Mörfelden-Walldorf*

## KOMMUNALES

In einer Pressemitteilung der DKP/Linke Liste zur aktuellen Betreuungssituation in den Kindertagesstätten heißt es u.a.: Zahlreiche Eltern haben in den vergangenen Wochen einen Ablehnungsbescheid von der Stadt erhalten. Für ihre Kinder gibt es zum neuen Kindertagesstättenjahr, nach den Sommerferien, keinen Betreuungsplatz. Die aktuelle Situation ist für viele Eltern der Doppelstadt belastend und nicht akzeptabel. Mittlerweile gibt es Schätzungen, dass bis Ende des Jahres 2019, rund 200 Betreuungsplätze fehlen. Das hat die Fraktion der DKP/Linke Liste bewogen eine aktuelle Anfrage zur Betreuungssituation in Mörfelden-Walldorf zu stellen.

Der Kindergarten, bzw. ein Betreuungsplatz hat oft existenzielle

Auswirkungen auf die Betroffenen. Durch die steigenden Lebenshaltungskosten ist es für viele Familien notwendig, dass beide Elternteile arbeiten. Alleinerziehende können nicht einfach auf ihren Job verzichten. Und auch für die Kinder sind Kitas ja nicht nur Aufbewahrungsplätze. Kitas leisten einen wichtigen Beitrag zur Chancengleichheit.

In der Anfrage heißt es u.a.:

Wie viele angemeldete Kinder haben bis zum Stichtag 15. Mai 2019 keine Zusage für einen Betreuungsplatz in unserer Stadt erhalten?

Wie viele davon über 3 J.? Wie viele davon unter 3 J.?

Ist bekannt, ob Kinder, die keinen Platz erhalten haben, in Nachbargemeinden einen Betreuungsplatz erhalten haben/gibt es Anmeldungen aus anderen Gemeinden in unserer Stadt? Sollten Eltern, deren Kinder keinen Platz erhalten haben, in einer anderen Stadt einen Kita- oder anderen Betreuungsplatz erhalten, fallen dann Kosten für unsere Stadt an und in welcher Höhe?...

Welche Maßnahmen/Initiativen sind bereits ergriffen worden oder in Planung, um diesem Mangel abzu- helfen? ...

# KEINE WEITERE FLUGHAFENERWEITERUNG



## Terminal 3 bringt mehr Lärm, mehr Dreck und mehr Verkehr

Neue Nordwestlandebahn, Spatenstich für Terminal 3, die Grundsteinlegung und 2021 die Eröffnung des ersten Flugsteigs: Innerhalb von zehn Jahren passiert viel an dem Flughafen, der eigentlich nach der Eröffnung der Startbahn West nicht mehr wachsen sollte.

Die Fluggastkapazitäten werden um 30 Prozent gegenüber dem jetzigen Zeitpunkt vergrößert. Die zusätzlichen Passagiere verursachen nicht nur mehr Lärm und Dreck in der Luft. Sie werden auch das Verkehrsaufkommen auf der hochfrequentierten Autobahn A5 und den umliegenden Straßen drastisch erhöhen.

Mahnwache am Frankfurter Flughafen anlässlich der Grundsteinlegung für das neue Terminal 3. Bei den Teilnehmern auch Bürger aus unserer Stadt. Neben anderen Rednern war auch ein Vertreter der DKP/Linke Liste am Mikrophon. Petra Schmidt von der Bürgerinitiative Mörfelden-Walldorf kritisierte vor allem den geplanten Ausbau der S7. Denn dafür müsse Wald gerodet werden und die Fahrzeit der Bahn werde sich verlängern. Deswegen sei das nicht umweltfreundlich, sondern mache nur den Flughafen attraktiver. Daher fordert Schmidt, allein Fraport müsse die Kosten für die S-Bahn-Anbindung übernehmen.

Janine Wissler, Fraktionsvorsitzende der Linken im Landtag, hatte die Einladung zur offiziellen Eröffnung ausgeschlagen, um an der Mahnwache in Terminal 1 teilnehmen zu können. In ihrer Rede beklagt sie den Widerspruch, dass die Regierung zwar von Klima- und Lärmschutz redet, aber trotzdem dem Bau des dritten Terminals zustimme. „Menschen sind wichtiger als Profite von Fraport und Co. Deswegen darf dieser Flughafen nicht weiter wachsen.“

Eine Frau aus Flörsheim hält einen gebastelten Grabstein in die Höhe: „Der Flughafen kostet mich Jahre meines Lebens“. Sie kritisiert das gesamte Konzept: Es mache krank, belaste die Umwelt und sorge für mehr Lärm.

## Die Montagsproteste am Flughafen gehen weiter

Über 280 Mal traf sich bereits an einem Montag die Protestbewegung gegen den Flughafen ausbau, die die Schadstoffbelastung, die nächtlichen Störungen durch Überschreitung der „Moratoriumsnacht“ (von 23 bis 5 Uhr) und die Vernichtung des Waldes anprangert.

Besonderes Ereignis diesmal: die Gewerkschaft Verdi und der Oberbürgermeister von Frankfurt Peter Feldmann waren präsent. Sie geißelten hauptsächlich die prekären Arbeitsverhältnisse auf dem Airport. Diese haben sich in der Vergangenheit - besonders seit die Billigflieger wie Ryanair und andere ansässig sind - ständig verschlechtert. Der

Niedriglohn wird oftmals nicht eingehalten. Beschäftigte müssen oft noch einen zweiten oder gar dritten Job annehmen, um über die Runden zu kommen. Die Personaldecke ist oft sehr knapp, so dass Hetze und Anspannung die Folge sind.

Begrüßt wurden die Gäste herzlich, ihre Wortmeldungen wurden mit Applaus bedacht.

Doch die Bürgerinitiativen kennen die Diskussionen und die Beschlüsse der Gewerkschaftsgremien und der Betriebsräte in der Vergangenheit seit der Startbahn-West-Bewegung. Und daher waren viele Zuhörer skeptisch, zumal der Satz vom „verantwortungsvollen Ausbau“ fiel. Feldmann ist der Repräsentant Frankfurts, sitzt im Aufsichtsrat von Fraport, gehört der SPD an. Wie ist seine Einstellung zur Aus-

weitung des Flughafens, was hat er in diesen Gremien zustande gebracht? Die Bürgerinitiativen sind gegen den weiteren Ausbau, sie streiten für eine Verringerung der Flugbewegungen, sie wollen mehr Ruhe am Tag und in der Nacht, sie wollen weniger Schadstoffbelastungen. Daran muss man Politiker messen!

**Wir bedanken uns für Hinweise und für die großen und kleinen Spenden, die wir erhalten!**

**Das blickpunkt-Spenden-Konto:  
Kreissparkasse GG  
IBAN  
DE37508525530009003419**

# Stadtgeschichten

Die Geschichte der Walldorfer Post. Ab Januar 1861 wurde die „Landbotenpost“ eingeführt, doch die Gemeinde Walldorf hatte noch bis im Jahre 1893 kein eigenes Postamt. Nach Meinung der Postoberen lohnte sich eine solche Einrichtung nicht, weil die Walldorfer sie zu wenig in Anspruch nehmen würden. Bis dahin war in Langen und später in Mörfelden das für die Waldensergemeinde zuständige Postamt. Die Walldorfer Bürgermeister, bei denen Briefe zum Versand abgegeben werden konnten, ließen die eingehende Post durch den Ortsdiener austragen. Erst 1893 erhielt Walldorf im Gasthaus „Zum Löwen“ in der Langstraße eine eigene, sogenannte „Posthilfsstelle“.



Als Posthalter fungierte der „Löwenwirt“ Wilhelm Jourdan. Dreißig Jahre später - ab 1923 - war die Anlaufstelle der Post in der Ludwigstraße 55 bei Jakob Meffert, auch „Postmeffert“ genannt. Im April 1938 erfolgte der Umzug in die obere Ludwigstraße 6, wo das „Zweigpostamt Walldorf“ eröffnet wurde. Ab 1954 war die Post wieder in einem Gasthaus untergebracht und zwar in der „Sonne“ in der Langstraße. Bis zum Jahre 1964 musste das Amt in viel zu kleinen Räumen dort ausharren, bis der Umzug in das von der Stadt in Nähe des Bahnhofs errichtete größere Gebäude erfolgen konnte. Nach 46 Jahren war es mit der Post dann wieder so weit. Der bis heute letzte Umzug erfolgte Anfang April 2010 in das Geschäft „Stenger City Shop“ in der Flughafenstraße gegenüber dem Rathaus. Das obige Foto zeigt auf einer alten Postkarte das Gasthaus „Zum Löwen“ mit Poststelle.

Info aus Walldorfer Chronik



## „blickpunkt“, ja bitte

An vielen Briefkästen gibt es den Hinweis: „Bitte keine Werbung“. Dass häufig nicht der „blickpunkt“ damit gemeint ist, sondern kostenlose Beilageblättchen vom Discounter, wissen wir aus Gesprächen. Es passierte auch schon, dass „blickpunkt“-Verteiler unsere Zeitung nicht einwarfen und man bei uns anrief und mitteilte: „Ich bekam keine Zeitung“.

Wer auf Nummer sicher gehen möchte, dass der „blickpunkt“ im Briefkasten landet, kann sich bei uns kostenlos einen kleinen „blickpunkt“, ja bitte-Aufkleber bestellen. Bitte dann eine Mail an: [blickpunkt@dkp-mw.de](mailto:blickpunkt@dkp-mw.de) senden - wir werfen dann in den kommenden Wochen einen Aufkleber ein.

## Veranstaltungen im Kulturbahnhof Mörfelden

**Irish Folk Session**  
Mittwoch, 5. Juni - 19:30 Uhr - Eintritt frei

**Cocktailabend - Tropical Summer**  
Freitag, 7. Juni - 20 Uhr - Eintritt frei

**Ernest Jouhy -  
ein leidenschaftlicher Pädagoge**  
Buchpräsentation mit B. Heyl + E. Weick  
Donnerstag, 13. Juni - 20 Uhr - Eintritt frei

**Grillfest mit Musik vom Roots Rock Duo**  
Samstag, 15. Juni - 17 Uhr - Eintritt frei

# KuBa



**Spieleabend**  
Dienstag, 18. Juni - 20 Uhr - Eintritt frei

**Das Vinyl wird gerettet**  
Donnerstag, 20. Juni - 20 Uhr - Eintritt frei

**Quiz**  
Freitag, 21. Juni - 20 Uhr - Eintritt frei

**Bal Folk Session**  
Mittwoch, 26. Juni - 19:30 Uhr - Eintritt frei

## Unser Lexikon

### Schbrisch

Wo Dauwe soin,  
flieje  
Dauwe hie.